

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 opbn d

Inhalt

Peter Corterier MdB,
Staatsminister a.D., be-
schreibt die Ausgangslage
des amerikanischen Senats
vor einer schwierigen Ab-
stimmung: Teilabzug der
US-Truppen? Seite 1

Helmut Rothemund MdL zum
Verhältnis Strauß/Kohl:
Wienerwald-Rede autori-
siert. Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB
sieht Gefahren für den be-
währten ordnungspoliti-
schen Rahmen der Verkehrs-
politik: Dollinger muß
Klarheit schaffen. Seite 4

Dietrich Sperling MdB for-
dert von den Architekten,
bei neuen Wohngebieten
alte Fehler zu vermeiden:
Mehr Phantasie. Seite 5

Dokumentation (Teil I)
SPD-Kanzlerkandidat Hans-
Jochen Vogel in der Evan-
gelischen Akademie Tutzing
zur Deutschland- und
Berlinpolitik: Noch keine
Gewißheit über den künftigen
Kurs. Seite 6

37. Jahrgang / 226

29. November 1982

Teilabzug der US-Truppen?

Der amerikanische Senat steht vor einer schwierigen Ab-
stimmung

Von Dr. Peter Corterier MdB
Staatsminister a.D.

Wenn der amerikanische Senat in dieser Woche nach der durch die Zwischenwahlen verursachten Pause wieder zusammentritt, dann wird die wichtigste außen- und sicherheitspolitische Entscheidung, die er noch vor Weihnachten zu treffen haben wird, die über die Forderung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Republikaner, Senator Stevens sein: Nach einem Teilabzug der amerikanischen Truppen aus Westeuropa. Stevens hat sich im vergangenen Monat im zuständigen Unterausschuß des Haushaltsausschusses mit zwölf zu einer Stimme mit seiner Forderung nach dem Abzug von zunächst 23.000 US-Soldaten durchgesetzt. Wenn sich auch jetzt der Widerstand gegen die Resolution von Stevens sowohl im Senat wie im Repräsentantenhaus zu formieren beginnt, so ist der Ausgang der Debatte noch keineswegs sicher. Es muß mit sehr knappen Abstimmungsergebnissen für oder gegen Stevens gerechnet werden.

Zwei Faktoren haben neben anderen vor allem zu dieser Entwicklung beigetragen:

1/ Bei vielen amerikanischen Politikern hat sich zu unrecht die Vorstellung festgesetzt, die Europäer würden im Vergleich zu den Vereinigten Staaten zu wenig für die gemeinsame Verteidigung tun. Die von der SPD geführte Bundesregierung hat sich immer wieder bemüht, mit Tatsachen gegen dieses Vorurteil anzugehen. Zu diesen Tatsachen gehörte der Hinweis auf die regelmäßige Steigerung des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik um real drei Prozent in dem Jahrzehnt zwischen 1970 und 1980, während in diesem Zeitraum die USA ihren Verteidigungshaushalt teilweise real gesenkt haben. Dazu gehörte der Hinweis auf besondere Lasten, die die Bundesrepublik auch im Interesse des gesamten Westens in Berlin zu tragen hat. Vor allem haben wir aber immer wieder auf den besonderen Beitrag, den die Bundesrepublik im Vergleich zu den USA durch die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht



und durch die Bereitstellung kurzfristig mobilisierbarer großer Reserven für das Bündnis leistet, hingewiesen. Unsere Argumentation wurde allerdings außerordentlich erschwert dadurch, daß führende Vertreter der Opposition, darunter der jetzige Verteidigungsminister Manfred Wörner, unseren Verteidigungsbeitrag gegenüber ihren amerikanischen Freunden immer wieder als unzulänglich kritisiert und den Eindruck erweckt haben, unter einer von der CDU/CSU geführten Regierung werde es eine drastische Erhöhung des deutschen Verteidigungshaushaltes geben. Nachdem die CDU mit dem ersten von ihr verantworteten Verteidigungshaushalt diese Erwartungen nicht erfüllt hat, ist die Enttäuschung bei den rechtskonservativen Freunden der neuen Regierung im Kongreß besonders groß.

- 2/ Was Kenner der amerikanischen Politik immer vorausgesagt haben, tritt jetzt ein: Angesichts der außerordentlich schlechten Wirtschaftslage, angesichts sich abzeichnender Rekord-Haushaltsdefizite in den USA wird Präsident Reagan die von ihm geplanten Steigerungsraten seines Verteidigungshaushaltes nicht durchhalten können. Es wird allerdings zu erheblichen Einsparungen im Verteidigungsbereich kommen müssen, und die Debatte wird vor allem um die Frage geführt werden, ob diese Einsparungen bei militärischen Beschaffungsprogrammen oder, wie Senator Stevens und seine Freunde es wollen, bei den US-Truppen in Europa vorgenommen werden sollen.

Jeder, der es mit der Allianz gut meint, kann nur für die erste der beiden Lösungen sein.

In der Allianz gibt es zur Zeit eine Debatte über die Anhebung der nuklearen Schwelle durch eine Verstärkung der konventionellen Verteidigung. Dieser für den Zusammenhalt des Bündnisses und für die Akzeptanz der gemeinsamen Strategie in der öffentlichen Meinung der Mitgliedstaaten hoch bedeutsamen Debatte würde durch einen amerikanischen Truppenabzug von vornherein die Grundlage entzogen. Es müßte vor allem in Westeuropa der für das Bündnis äußerst gefährliche Eindruck entstehen, die NATO wolle sich zu ihrer Verteidigung mehr statt weniger auf Nuklearwaffen, mehr auf Raketen denn auf Soldaten verlassen.

Nach den langjährigen MBFR-Verhandlungen in Wien ist trotz noch bestehender erheblicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West bei politischem Willen auf beiden Seiten in absehbarer Zeit ein erstes Abkommen möglich. Bei einem einseitigen Abzug von amerikanischen Truppen, dem möglicherweise bald weitere folgen würden, ist nicht einzusehen, welches Interesse dann die Sowjetunion noch an einem Abkommen haben sollte.

Nach dem Streit zwischen den westeuropäischen Alliierten und den USA über die Rüstungskontrolle im vergangenen Jahr, der dadurch verursacht wurde, daß sich die Reagan-Administration zunächst nicht an das mit ihrer Vorgängerin Vereinbarte halten wollte, nach dem Streit in diesem Jahr, der durch die einseitig von Präsident Reagan verhängten Embargomaßnahmen veranlaßt wurde, müßte ein einseitiger Rückzug von US-Truppen aus Europa im nächsten Jahr verheerende politische und psychologische Folgen für die Allianz haben.

Deshalb möchte ich einen dringenden Appell an die Mitglieder des Kongresses richten, die notwendigen Einsparungen bei den militärischen Beschaffungsprogrammen vorzunehmen. Es gibt genügend Programme, die nicht nur in den Vereinigten Staaten selbst äußerst unstritten sind, sondern auch für die große Mehrheit der Westeuropäer, soweit ihre Länder für die Stationierung in Frage kommen, nicht akzeptabel sind, von den Neutronenwaffen bis hin zu neuen chemischen Waffen. Hier sollte gestrichen werden, nicht aber bei den Soldaten!

(-/29.11.1982/ks/ca)

+ + +



Gezielter Diener vor Kohl

Strauß autorisierte selbst seine Wienerwald-Rede

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Mitglied des SPD-Vorstandes

Nachdem der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß den Bundeskanzler Kohl als "entwicklungsfähig" bezeichnet hat und gleichzeitig seine bisherige Charakterisierung Kohls, er sei "total unfähig" und ihm, Kohl, fehlten die "charakterlichen, geistigen und politischen Voraussetzungen für das Kanzleramt", zurückgenommen hat, ergibt sich zunächst einmal die lapidare Feststellung, daß Strauß damit seine Wienerwald-Rede von 1976 in ihren wichtigsten Teilen inhaltlich autorisiert hat.

Von geheimer, sozusagen nur für den internen Gebrauch bestimmter Aussage kann wohl keine Rede mehr sein. Eher bestätigt sich die Auffassung, daß die Wienerwald-Rede als ein Dokument der Zeitgeschichte anzusehen ist.

Unabhängig davon ist die Zurücknahme der vernichtenden Einschätzung des heutigen Kanzlers durch Strauß so glaubwürdig nicht. Strauß zollt lediglich der politischen Entwicklung Tribut - schließlich ist Kohl jetzt Kanzler -, an seiner wirklichen Einschätzung Kohls dürfte sich nicht viel geändert haben. Zumindest hat Strauß mit der von ihm veranlaßten Polizeifaktion gegen ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der SPD-Südbayern dafür gesorgt, daß die damalige total negative Beurteilung Kohls kräftig in den Medien verbreitet wurde. Wer will denn schon glauben, daß Strauß nicht im Vorhinein wußte, daß diese seine Aktion Staub aufwirbeln und den jetzigen Kanzler diskreditieren würde?

Strauß hat also mit "Engelsmiene" noch einmal ausbreiten lassen, was er über Kohl dachte, und kann gleichzeitig nach Bonn signalisieren, er unternehme alles, damit diese seine Meinung nicht mehr verbreitet wird. Daß sich Strauß selbst in der Union für den Geeignetsten hält, der die Kanzlerwürde verdient hätte, steht außer Zweifel. Da dies aber nicht mehr geht, bleibt nur die Möglichkeit, daß Kohl unter Strauß Kanzler wird.

Deshalb muß Strauß mit Kohl bis zum 6. März auskommen. Vorausgesetzt, das Wahlergebnis stimmt, wird Strauß dann auf dem Vizekanzler und Außenminister bestehen. Und dafür ist auch ein Diener vor Kohl aus "übergeordneten Gründen" vertretbar. Allerdings, ein Diener allein, ungezielt, entspräche nicht dem Charakter des Franz Josef Strauß.

Vor dem Bücken war dafür gesorgt, daß jeder, der es wissen wollte, das erfahren konnte, was Strauß eigentlich über Kohl dachte. Und man darf gespannt sein, ob Strauß nach dem 6. März nicht wieder auf seine Wienerwald-Einschätzung zurückkommen wird.

(-/29.11.1982/bgy/ca)

+ + +



Bundesverkehrsminister Dollinger muß Klarheit schaffen

Der bewährte ordnungspolitische Rahmen in der Verkehrspolitik ist in Gefahr

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Eher den Umrissen eines Verdrängungswettbewerbs als einer kontrollierten Wettbewerbsordnung gleichen die ordnungspolitischen Vorstellungen des neuen Bundesverkehrsministers. Wo von der Beibehaltung des bewährten und allseits akzeptierten Ordnungsrahmens die Rede sein sollte, redet Minister Dollinger in der bekannten wolkigen Art seines Bundeskanzlers von einer allenfalls grundsätzlichen Beibehaltung der heutigen Marktordnung und vom Wettbewerb, der als Steuerungsinstrument zentrale Bedeutung habe.

Das gibt zur Sorge Anlaß: Denn in der Verkehrspolitik sind nicht marktwirtschaftliche Glaubensbekenntnisse gefragt.

Wer etwa die neokonservativen Liberalisierungstendenzen nach Art der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel für ein taugliches Instrument zur Bewältigung der schwierigen Verkehrsprobleme hält, hat sich entweder nicht genügend mit der Thematik beschäftigt oder er will bewußt Politik durch Ideologie ersetzen. Beides hat die Verkehrspolitik nicht verdient.

Die sozialdemokratische Position zur Ordnungspolitik war und ist klar: Das System der kontrollierten Wettbewerbsordnung bei freier Wahl des Verkehrsmittels hat sich bewährt.

Dagegen beinhalten die verkehrspolitischen Thesen von Frau Minister Breuel - denen von Bundesverkehrsminister Dollinger nicht eindeutig abgeschworen wurde - einen Angriff auf die gegenwärtige Wettbewerbsordnung im Verkehr. Sein Endziel ist eine durchgreifende Liberalisierung aller Verkehrsmärkte, unter anderem durch völlige Abschaffung von Kontingentierung und Tarifen.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, daß die Verkehrsmarktordnung in Richtung auf eine gesamtwirtschaftlich, umweltpolitisch und energiepolitisch bessere und wirksamere Verkehrs koordinierung weiterentwickelt werden muß.

Dies gilt vor allem im Hinblick auf eine stärkere Ausschöpfung der bestehenden Verkehrskapazitäten und ihre effizientere Verknüpfung. Eine völlige Liberalisierung der Güterverkehrsmärkte nach Breuel'schem Muster hat jedoch folgende Ergebnisse:

- erhebliche Überkapazitäten,
- Preisverfall mit ruinöser Konkurrenz,
- Vernachlässigung abgelegener Regionen,
- mittelstandspolitisch bedenkliche Begünstigung von Großbetriebs-Bildungen,
- Abbau des DB-Flankenschutzes und Verschlechterung des DB-Unternehmensergebnisses.

Bundesverkehrsminister Dollinger sollte rasch Klarheit schaffen: Seine Ausführungen vor dem Verkehrsausschuß haben mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben.

(-/29.11.1982/hj/ca)

+ + +



Phantasie gefordert

Architekten sollten bei neuen Wohngebieten alte Fehler vermeiden

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Hochhäuser sind keine Hochburgen der Kriminalität. Mit der Zahl der Stockwerke nimmt die Kriminalität keineswegs zu, aber Architekten und Kommunalpolitiker müssen die Tatsachen richtig deuten und Konsequenzen ziehen.

In Hochhäusern verzeichnet man zwar oft "Vandalismus". Fenster, Türen, Treppenaufgänge, Briefkästen oder Beleuchtungseinrichtungen werden beschädigt. Hochhäuser sind deshalb aber noch keine Brutstätten der Kriminalität. Wenn dies so wäre, dann müßten alle Bewohner Hongkongs Kriminelle sein.

In Hochhäuser wohnen dagegen oft gestörte Problemfamilien. Ihre Probleme entladen sich leicht. Die "Wohntürme" ähneln Kasernen für Zivilisten.

Hochhäuser bieten allerdings auch oft gute Gelegenheiten für Verbrechen: Die Häuser sind von der öffentlichen Straße isoliert. Die Zugangswege, die Eingangshalle, die Flure und Treppenhäuser sind unüberschaubar und nicht einsehbar. Die Bewohner leben oft in Anonymität. Mitbewohner können sie nicht von Fremden unterscheiden. Schon den Flur vor ihrer Wohnung empfinden sie als öffentliches Gelände. Ihre Wohnung empfinden die Bewohner als den einzigen privaten Bereich und ziehen sich in ihn zurück.

Deshalb ist von den Architekten mehr Phantasie gefordert. Statt langer dunkler Flure sollte man kurze, mit Tageslicht durchflutete Korridore vorsehen. Der Bereich zwischen der öffentlichen Straße und der privaten Wohnung müssen besser einsehbar und von Bewohnern und Passanten besser kontrollierbar sein.

Statt einer kalten Zweckmäßigkeitearchitektur, in der der Mensch ein Fremdkörper ist, sollte man eine Architektur schaffen, die möglichst viel Gemeinschaft zwischen den Bewohnern schafft. Die Flächen zwischen Hochhäusern müssen überblickbar sein und dürfen nicht zu einem Niemandsland werden, das zu Überfällen einlädt.

Reine Schlafstädte, in denen es keine Gemeinschaftseinrichtungen, keine Gaststätte und keine Geschäft gibt, dürfen nicht mehr gebaut werden. Diese unbelebten Zonen verlocken ebenso wie die abends und nachts ausgestorbenen Geschäftszentren der Großstädte zu kriminellen Handlungen. Die Citys können durch flexiblere Ladenschlußzeiten in den Abendstunden belebt werden.
(-/29.11.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION (Teil I)

Zu aktuellen Fragen der Deutschland- und Berlin-Politik führt der Kanzlerkandidat der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzingen am Wochenende folgendes unter anderem aus:

Noch keine Gewißheit über den künftigen Kurs

Eine wichtige Ergänzung findet die Gefühlsgemeinschaft stabilisierende Kommunikation für die DDR-Bürger durch die neue Qualität, die westliches Fernsehen und westlicher Rundfunk seit 1972 für sie bekommen haben. Westliche Journalisten berichten nicht mehr nur über die DDR, sondern aus der DDR. Sind das schon für uns anregende und wertvolle Informationen, so ist es für DDR-Bürger ein völlig neues Erlebnis, aus Radio oder Fernsehen Berichte zu erhalten, die im eigenen Lande entstanden und doch nicht von der sonst allumfassenden Staatsgewalt programmiert sind. Die Menschen in der DDR sind durch diese Entwicklung ermutigt worden. Die Berichterstattung, die Verträge und die sonstigen Vereinbarungen, nicht zuletzt die KSZE-Schlußakte von 1975, haben das Selbstbewußtsein derer gestärkt, die vorher angesichts der Allmacht ihres Staates mutlos zu werden drohten. Diese Folgen der Vertragspolitik für das Lebensgefühl vieler DDR-Bürger ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Besonders nachhaltig hat sich die Lage Berlins durch die Vertragspolitik verbessert. Die menschlichen Kontakte zwischen den beiden Hälften der Stadt, die bis 1972 spärlich und schwach waren, sind wieder dicht und kräftig geworden. Viele Millionen Besucher haben seit 1972 den Ostteil der Stadt aufgesucht. Auch der Zugang von und nach Berlin ist nicht nur sicherer, er ist auch in der täglichen Praxis viel leichter geworden. In der Kette der dabei erreichten Fortschritte ist die vor einer Woche eröffnete Autobahnverbindung zwischen Berlin und Hamburg nur ein Glied, und zwar auch nur das vorläufig letzte. Ebenso sind die Bindungen Berlins an den Bund enger geworden. Die Zugehörigkeit zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik ist unbestritten, die Zusammengehörigkeit in politischer, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht selbstverständlich. Alle Bundesbehörden sind in Berlin geblieben. Keiner der dort Beschäftigten hat die Stadt verlassen müssen.

Die beim Abschluß des Viermächte-Abkommens anklagend erhobenen Vorwürfe, der "Bundesadler" (Barzel) oder "die Flagge" (Strauß) müßten nun eingezogen werden, haben sich als gegenstandslose Polemik erwiesen. Die Außenvertretung Berlin ist vertraglich geregelt, und das ebenfalls in einer Weise, die angesichts der früheren Vorstellungen der Sowjetunion und der DDR nicht zu erwarten war.

Das Wichtigste aber: Berlin ist nicht mehr automatisch der Punkt, an dem sich internationale Spannungen und Krisen sogleich auswirken oder sogar entzünden. Ja, mehr noch: Fest verankert im westlichen Bündnissystem hat das Geflecht von Beziehungen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und ihren mittel- und osteuropäischen Nachbarn bewirkt, daß Mitteleuropa eine Zone relativer Ruhe und Stabilität in einer Welt geworden ist, in der die Spannungen eher zugenommen haben.

Das alles darf nicht in Vergessenheit geraten. Dies alles ist nicht selbstverständlich. Es ist das Ergebnis einer Politik, die gegen den Widerstand - teils gegen den erbitterten Widerstand - der Union durchgesetzt werden mußte. Und diese Politik bedarf der pfleglichen Fortentwicklung und der Bereitschaft, alle dazu bestehenden Möglichkeiten beharrlich und gutwillig zu nutzen. Sie bedarf der Stetigkeit und der Berechenbarkeit, mit der sie bis zum 1. Oktober 1982 von der Bundesregierung betrieben worden ist.

Die bisherigen deutschlandpolitischen Äußerungen der neuen Regierung haben in dieser Hinsicht noch keine Gewißheit schaffen können. Zwar haben sich der Bundeskanzler und mehrere Regierungsmitglieder ausdrücklich zur Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik gegenüber der DDR bekannt und das auch durch demonstrative Gesten unterstrichen. Und die Tatsache, daß Bundespräsident Carstens die gemeinsame Anwesenheit bei der Trauerfeier für Generalsekretär Breschnew in Moskau zu einem langen Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden Honecker benutzt und - dem Vernehmen nach - dabei die von Bundeskanzler Helmut Schmidt am Werbellinsee ausgesprochene Einladung erneuert hat, verdient ebenfalls Aner-



kennung. Dennoch bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Schließlich bestimmt nicht Herr von Weizsäcker den deutschlandpolitischen Kurs der Union. Da gibt es auch noch die Herren Strauß, Abelein und Jäger, von denen bis in die jüngste Zeit ganz andere Töne zu hören sind. Und auch Herr Barzel bringt eigene Nuancen ins Spiel, andere als Herr Carstens und Herr Kohl, wenn er beispielsweise Honeckers Besuch von allerlei Vorbedingungen abhängig macht.

Sollte die Union tatsächlich ohne Vorbehalte auf die deutschlandpolitische Linie der Regierungen Brandt und Schmidt einschwenken, wie Richard von Weizsäcker dies in bemerkenswerter Weise als Regierender Bürgermeister in Berlin getan hat, würden wir das nur begrüßen. Dann würde sich nämlich der Deutschlandpolitik eine Chance, die sie seit dreizehn Jahren niemals gehabt hat, bieten. Sie könnte endlich ihre Eigenschaft als Zankapfel zwischen den Parteien verlieren und statt dessen aus der gemeinsamen Unterstützung von Regierung und Opposition besondere Kraft gewinnen. Wir Sozialdemokraten sind unter dieser Voraussetzung zur Kooperation bereit.

Dies sollte umgekehrt genauso gelten, wenn wir nach den Wahlen vom 4. März 1983 wieder die Regierungsverantwortung übernehmen.

Von der Vergangenheit und der Gegenwart zur Zukunft. Welche sind die Perspektiven und Ziele der Deutschlandpolitik? Zentrales Ziel bleibt, "auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt." Diese Feststellung des sogenannten Briefes zur deutschen Einheit, den die Bundesregierung 1970 bei der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages übergeben hat, ist inzwischen fester Bestandteil offizieller politischer Erklärungen geworden. Sie findet sich auch in der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers vom 13. Oktober 1982. Die zuweilen formelhafte Wiederholung sollte nicht darüber täuschen, daß die Formulierung dieses Zieles von Nachdenklichkeit und von Einsichten geprägt ist, die in den 50er- und 60er-Jahren nicht zur Deutschlandpolitik gehört haben. Am wichtigsten ist dabei die Einsicht, daß die deutsche Einheit nicht ohne weiteres und kurzfristig erreicht werden kann. Sich dessen bewußt zu sein heißt, Vorsicht zu üben bei der Entwicklung von Plänen und Verfahrenswegen, die zu einer Wiedervereinigung führen sollen. Zu leicht überspielen solche Planungen die tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten und geraten dann in den Bereich illusionärer Wunschvorstellungen. Diese wiederum mögen uns gefühlsmäßig guttun und vorübergehend unsere Hoffnungen lebendigen. Handlungsanleitungen für eine realistische Politik vermögen sie aber nicht zu geben. Im Gegenteil: Eine Politik, die sich an Illusionen hängt, kann gefährlich werden. Solche Konzepte tragen allein durch ihre Existenz und öffentliche Behandlung dazu bei, daß aus ihnen nichts, jedenfalls nichts Positives wird.

Wir sollten uns auch durch die Erfahrungen warnen lassen, die wir mit der Deutschlandpolitik der 50er und 60er Jahre gemacht haben. Die damals auch offiziell ausgesprochene Erwartung, man könne durch Druck und Stärke den Osten zur Aufgabe oder zum Rückzug bringen, hat sich als Selbsttäuschung erwiesen. Wer heute erneut mit einer solchen Politik der Stärke Liebäugeln wollte, braucht zur nüchternen Besinnung nicht einmal seine Logik, er braucht nur sein Erinnerungsvermögen zu bemühen.

Auch die trotzig-drohende Behauptung, es gebe in Mitteleuropa keinen dauerhaften Frieden ohne die Einheit Deutschlands, hat uns nicht geholfen, und sie würde auch jetzt keinen Erfolg bringen. Wer immer wegen des Fortbestandes der Teilung den Frieden in Frage stellen wollte, würden den elementarsten Interessen aller Völker und besonders natürlich der Deutschen in ihrer besonderen geographischen Lage beiderseits der Grenze zwischen den Machtblöcken zuwiderhandeln. Längst und mit vollem Recht rangiert der Frieden als politisches Ziel vor der staatlichen Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschland. Unsere westlichen Verbündeten und auch die seinerzeitigen Bundesregierungen haben das durch ihre Reaktionen auf die Unterdrückungsmaßnahmen nach dem 17. Juni 1953 und auf die vollständige Absperrung der DDR im August 1961 bestätigt, und nur wenn es dauerhaften Frieden in Europa gibt, kann eines Tages ein Zustand erreicht werden, in dem die Einheit möglich wird.

Gerade weil der Krieg in Europa nach menschlichem Ermessen alsbald nuklear werden würde, müssen wir alle Kräfte darauf verwenden, daß die gewaltigen Zerstörungspotentiale nicht weiter wachsen, daß sie ungenutzt bleiben, daß es keinen Krieg gibt, sondern daß Frie-



den bleibt. Das ist auch das Lebens-, das Überlebensinteresse derer, die mit dem status quo nicht zufrieden sind. Und Überleben heißt, in Ost und West gemeinsam zu überleben; in der Bundesrepublik und in der DDR, in Amerika und in der Sowjetunion, mit allen Unterschieden, Interessengegensätzen, ja sogar Feindschaften.

Das zu bedenken, heißt nicht, sich mit der Teilung abzufinden und unser politisches Ziel der Verwirklichung des deutschen Selbstbestimmungsrechts zu streichen. Aber der Zeitpunkt für die Verwirklichung eines solchen Vorhabens ist gegenwärtig nicht konkret abzusehen. Ebenso sind die Umstände unbekannt, unter denen es in die Wege geleitet werden könnte. Immerhin kann aber schon heute davon ausgegangen werden, daß es eine Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung des Gewesenen nicht geben wird. Welcher der verschiedenen Zustände der Staatlichkeit des Deutschen Reiches nach 1871 sollte es denn auch sein, zu dem man im Ernst zurückkehren könnte? Insofern ist der Begriff der "Wieder"-Vereinigung mißverständlich. Er kann Erwartungen wecken, deren Erfüllung mit Sicherheit auszuschließen ist. Auch die Präambel des Grundgesetzes spricht ja nicht von der Wiedervereinigung, sondern fordert auf, "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Diese rechtliche Verpflichtung, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundvertragsurteil vom 31. Juli 1973 erläutert, gilt es weiterhin zu beachten. Dabei wissen wir, daß Rechtsansprüche und Rechtstheorien durch sich allein politische Kraft nicht entfalten und Veränderungen nicht bewirken können.

Das aber darf und braucht nicht dazu zu führen, daß man die verfassungsrechtliche Pflicht zum Bemühen um die deutsche Einheit ignoriert oder gar streicht. Daß im übrigen die Frage nach der Einheit in der politischen Natur der Sache liegt, haben noch im letzten Jahr die Äußerungen des Staatsratsvorsitzenden der DDR gezeigt, er könne sich eine Vereinigung nach bestimmten Veränderungen in der Bundesrepublik sehr wohl vorstellen. Auch wenn er dabei von Voraussetzungen ausgeht, die für uns nicht akzeptabel sind, hat seine Erklärung großes Aufsehen erregt. Das würde uns wohl häufiger so gehen, wenn wir das politische Ziel und den Begriff der deutschen Einheit aus den Augen verlieren und es der DDR-Führung überlassen würden, von Zeit zu Zeit darauf zurückzukommen. Sie hat übrigens keinen Anlaß, uns zu tadeln: Wer selbst den Begriff Vereinigung oder Einheit benutzt, der kann nicht anderen Annexionismus, Revanchismus und dergleichen vorwerfen, weil sie es ebenfalls tun.

In diesem Zusammenhang gehört die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Nation. Sind wir Deutschen in den beiden deutschen Staaten unverändert eine Nation? Mit Sicherheit sind wir kein Nationalstaat; das waren wir übrigens nur während einer relativ kleinen Spanne unserer Geschichte, nämlich von 1871 bis 1945. Und selbst in dieser Zeitspanne lebten viele Deutsche lange außerhalb unserer Staatsgrenzen.

Aber Nation und Staat sind nicht identisch. Es gab und gibt Nationen, die in mehreren Staaten leben, und Staaten, die mehrere Nationen umfassen. Deshalb wird Nation zutreffender als Gefühls-, Sprach-, Kultur- und Geschichtsgemeinschaft definiert, und eine solche Gemeinschaft sind wir auch heute.

Die Gefühlsgemeinschaft hat viele Wurzeln. Die Vielzahl der persönlichen Begegnungen ist sehr wichtig, die wechselseitige Anteilnahme, die gegenseitige Information, die affektive Zuwendung, die entsteht, wenn einer beispielsweise auf den Spuren Fontanes durch die Mark Brandenburg wandert oder durch die Kanäle des Spreewaldes gleitet.

Eine dauerhafte Stütze findet die Gefühlsgemeinschaft einerseits in der Sprachgemeinschaft. Die tägliche Erfahrung, die gleiche Sprache zu sprechen, hat verbindende Kraft. Gleiche Sprache bedeutet hier nicht nur, daß man einander mühelos verstehen kann, sondern auch, daß man sich voneinander sprachlich nicht unterscheidet. Kaum am Wortschatz; am Satzbau und der Aussprache, sondern nur an den Textinhalten kann man bei Sprachsendungen erkennen, in welchem deutschen Staat die Rundfunkstation steht, die man gerade hört.

Neben der Sprachgemeinschaft ist es die Kulturgemeinschaft, auf die sich das Zusammengehörigkeitsgefühl stützt. Dabei geht es einmal um die gemeinsame kulturelle Vergangenheit, die in beiden deutschen Staaten in die Gegenwart hineinwirkt und so weitere Gemeinsamkeiten hervorbringt. Daß zum Beispiel Weimar ein Zielort von größter kulturgeschichtlicher Bedeutung auch für Besucher aus der Bundesrepublik ist, findet man in beiden deutschen Staaten selbstverständlich. Die in Hamburg vor wenigen Tagen eröffnete Schinkel-Ausstellung aus der DDR informiert über das Lebenswerk eines deutschen Künstlers,



dessen Bauwerke in beiden deutschen Staaten stehen und Wertschätzung finden. Diese beiden Beispiele mögen hier für unzählige Namen und Werke stehen, die zum selbstverständlichen gemeinsamen Besitz der Deutschen in beiden Staaten gehören.

Das Interesse am gegenwärtigen kulturellen Geschehen im jeweils anderen deutschen Staat ist nicht minder lebendig. Trotz vieler Akzentunterschiede sehen die Betrachter in Kunst und Literatur auch jenseits der Grenze ihre Empfindungen angesprochen und zum Ausdruck gebracht. Die Maßstäbe, die Bertold Brecht für die Theaterarbeit gesetzt hat, wirken auch bei uns weiter. Die von ihm angeregte oder beeinflusste Dramatik der DDR ist, wie wir etwa an den Werken von Heiner Müller, Peter Hacks, Hartmut Lange, Volker Braun und Thomas Brasch sehen, auch auf unseren Bühnen gegenwärtig. Regisseure aus der DDR sind bei uns mit großem Erfolg tätig. Schriftsteller von dort finden bei uns großes Interesse.

Christa Wolfs Kleistbuch ("Kein Ort. Nirgends") ist 1979 in beiden deutschen Staaten gleichzeitig erschienen. Umgekehrt stoßen auch die wichtigen Schriftsteller der Bundesrepublik in der DDR auf lebhaftes Interesse. Das wäre ohne die von den DDR-Behörden verantworteten Beschränkungen und Erschwernisse noch sehr viel deutlicher.

Der Kulturgemeinschaft eng verbunden ist schließlich die vierte Säule der Zusammengehörigkeit, die Geschichtsgemeinschaft. Zeitweise schien es, als wollte die DDR sich mit der Betrachtung einiger Ausschnitte aus der deutschen Geschichte begnügen und sich im übrigen von ihr abwenden. Nicht ohne eine gewisse Verblüffung haben wir dann gesehen, daß man drüben diesen Kurs nicht durchhielt, sondern sich nach und nach weitere Felder der deutschen Geschichte erschloß. Von einer Aneignung der deutschen Geschichte durch die DDR war daraufhin die Rede. Die damit ausgedrückte Besorgnis verkennt aber, daß eine solche Geschichtsaneignung mit abgrenzender Wirkung gegen uns überhaupt nicht möglich ist. Daß es die gemeinsame Geschichte ist, um die es dabei geht, daß auf ihr beide deutsche Staaten aufbauen, kommt immer wieder deutlich zum Vorschein. Daran vermag keine Tendenz etwas zu ändern, mit der Geschichtsforschung gerade zur Rechtfertigung des eigenen politischen Systems betrieben wird.

Nicht mit Befremden sollten wir also auf die stärkere Befassung mit der Geschichte in der DDR reagieren. Darauf, daß man sich dort nicht nur Bachs, Goethes, Yorks, Clausewitzens und Scharnhorsts erinnert, sondern auch schon Friedrich des Großen und des Freiherrn vom Stein und zuletzt des Generals Bülow von Dennewitz. Wir sollten dies vielmehr als Ansporn nehmen, auch unser Geschichtsbewußtsein stärker zu entwickeln. Vielleicht verhilft uns diese zusätzliche Herausforderung dazu, die lange Phase der Gleichgültigkeit gegenüber unserer Geschichte und des mangelnden Geschichtsbewußtseins endgültig abzuschließen. Auch für uns gilt doch, daß nur der das heute verstehen und für morgen Ziele entwickeln kann, der das Gestern begriffen hat. Wer die Geschichte nicht zur Kenntnis nimmt, wer nur im Heute lebt, gerät in Gefahr, seine augenblicklichen Maßstäbe absolut zu setzen. Fehler und Irrtümer früherer Generationen wiederholt er schon deshalb, weil er versäumt hat, aus ihnen zu lernen. Zur Besinnung auf diese geschichtliche Gemeinsamkeit wird im nächsten Jahr das Luther-Jubiläum Gelegenheit bieten. Es ist nicht uninteressant zu sehen, wie die DDR-Geschichtsschreibung ihre frühere Haltung zu Luther korrigiert. Und es wird mit Sicherheit niemandem gelingen, Luther für einen der beiden deutschen Staaten unter Ausschluß des anderen in Anspruch zu nehmen.

Der DDR war der auch von ihr empfundene Fortbestand dieser Gemeinschaft lange Zeit unheimlich und ist es vielleicht noch heute. Ihre Versuche, die Nation loszuwerden, sind freilich vergeblich geblieben. Mit ihrer Propaganda für eine separate "sozialistische Nation" hat sie keinen Erfolg gehabt. Deklarationen und auch Gesetze können eben eine Nation weder schaffen noch auslöschen. (-/29.11.1982/ks/ca)

(Fortsetzung folgt)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

